

Rede im Deutschen Bundestag am 29. April 2004 zum Thema „Zusätzliche Außenspiegel bei LKWs zur Vermeidung des toten Sichtwinkels“

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden tödlichen Radfahrunfälle von vor ungefähr einem Monat haben in Berlin, aber auch darüber hinaus eine heftige Debatte ausgelöst. In den letzten Jahren ist es immer wieder vorgekommen, dass Radfahrer, die sich im toten Winkel befunden haben, totgefahren wurden. Das hat aufgerührt.

An solchen Punkten fragen Eltern und Lehrer immer wieder: Warum bewegt sich in diesem Bereich nichts? Warum greift man dieses Problem nicht auf, obwohl es schon so alt ist, obwohl jedes Jahr vermutlich mehrere Hundert Radfahrer aus diesem Grund ums Leben kommen und es offensichtlich anderswo schon technische Lösungen gibt, dies besser in den Griff zu bekommen? Man fragt sich auch: Wie kann es eigentlich sein, dass eine Automobilindustrie, die allen möglichen elektronischen und technischen Schnickschnack in neue LKWs und auch in PKWs einbaut, im Bereich des Spiegels und der Rückblende bislang im Grunde genommen altmodische, vorgestrige Lösungen angeboten hat? Das ist wirklich ärgerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun ist endlich Bewegung in den Vorgang gekommen. Auch das Verkehrsministerium hat zusammen mit dem niederländischen Ministerium Druck gemacht, damit auf europäischer Ebene etwas geschieht. Sicher bringt die neue **europäische Richtlinie** einen Fortschritt. Aber wie die Kolleginnen und Kollegen schon angesprochen haben: Das, was die EU vorgelegt hat, ist ziemlich unbefriedigend. Denn erstens gilt die Richtlinie nur für Neufahrzeuge und auch erst in Jahren und zweitens ist sie nur für große LKWs und nicht für kleine vorgesehen. Sie ist also völlig unzureichend.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die **Erfahrungen in den Niederlanden** an. Dazu gibt es eine interessante Geschichte. Ein niederländischer Junge ist ums Leben gekommen. Sein Vater hat keine Ruhe gefunden und hat in wenigen Wochen einen neuen Spiegel entwickelt. Dann hat er es geschafft, einen Produzenten zu finden und diesen Spiegel in Form einer Freiwilligenkampagne bekannt zu machen. Interessanterweise hat sich damals das Ministerium erst gewehrt und gesagt, dass dies nicht funktioniert. In einem beharrlichen Verfahren hat es dieser Vater zusammen mit der Initiative geschafft, zuerst eine Phase der freiwilligen Umrüstung in Holland zu beginnen und danach eine gesetzliche Umsetzung zu erreichen, was dazu geführt hat, dass seit den letzten zwei Jahren in den Niederlanden völlig neue Verhältnisse herrschen. Viele haben diesen so genannten Dobli-Spiegel und tatsächlich - das wurde schon gesagt - sind die Unfallzahlen um über 40 Prozent zurückgegangen. Ich finde, dass man von dieser Technik und Erfahrung sowie von dieser bürgerschaftlichen Initiative lernen kann.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU/CSU)

Übrigens gibt es auch in Berlin eine solche Initiative, die meine Kollegin Eichstädt-Bohlig und ich unterstützen. Diese sammelt Geld, damit LKWs umgerüstet werden können. Das ist eine gute Sache. Aber ich sage Ihnen auch: Das allein kann nicht ausreichen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass Politik alles tut, was sie tun kann: Dort, wo sie durch Vorschriften oder gesetzliche Regelungen etwas erreichen kann, sollte sie diese verbindlich für alle einführen. Das ist unsere Position.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es in der Öffentlichkeit und natürlich heute durch die Debatte wahrgenommen: Es gibt offensichtlich einen **Dissens mit der Regierung**, die den Dobli-Spiegel als problematisch einschätzt. Wir glauben, dass ein größerer Teil dieser Bedenken durch die Praxis und deren empirische Überprüfung widerlegt ist.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Er ist nur einer von neun in den Niederlanden zugelassenen!)

Die Erfahrung zeigt, dass man diesen Spiegel sicher anbringen kann. Das Argument, dass ein neuer Spiegel die Sicht behindere, ist ziemlich fragwürdig. Denn dann müsste man eigentlich alle Rückspiegel abschaffen, weil sie selbstverständlich auf der einen Seite ein kleines Stück ausblenden, aber auf der anderen Seite verschaffen sie eine neue große Sicht. Spiegel haben Vorteile und Nachteile. Deswegen kann ich dieses Argument nicht akzeptieren.

Es ist möglich, diesen Spiegel schnell und einfach nachzurüsten. Auch das ist ein großer Vorteil. Das Verkehrsministerium sollte dies positiver prüfen und nicht so kritisch wie bisher. Ich erkenne durchaus an, dass es nicht allein mit der Zahl der Spiegel getan ist, sondern natürlich hängt es auch von der Beschaffenheit des Spiegels und vom System insgesamt ab. Aber es ist eine einfache und schnelle Lösung, die in der Nachrüstung günstig und rasch umzusetzen ist.

Wir werden innerhalb der Koalition und mit der Regierung noch verhandeln müssen, wie wir weiter vorgehen. Für meine Fraktion sage ich: Wir sehen beim aktuellen Stand der Informationen gerade in diesem Dobli-Spiegel eine sehr gute Lösung und glauben, dass wir diesen rasch - und nicht erst in zwei Jahren - und für alle, nicht nur für Neufahrzeuge, einführen sollten.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wir können das nur für Deutschland machen!)

Wir unterstützen die Bundesratsinitiative von Berlin und Brandenburg, die genau in diese Richtung vorstößt. Im Verkehrsausschuss des Bundesrates haben Sie dafür übrigens eine ganz große Mehrheit gefunden. Das wird auch den Bundestag fordern. Ich meine, das ist eine gute Vorlage des Bundesrates.

Ich komme zum Schluss und möchte gerne an die Worte und Gedanken des Kollegen Friedrich anknüpfen. Eine auf Spiegel beschränkte Verkehrssicherheitspolitik wäre in der Tat sehr beschränkt. Wir brauchen eine umfassend neue Verkehrssicherheitspolitik. Diese müssen wir an dem Konzept „**Vision Zero**“ messen, das in Schweden und in der Schweiz seit einigen Jahren sehr ambitioniert erprobt wird.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Auch in der EU!)

Wir haben die sehr ambitionierte Vorstellung, dass man eine Politik betreiben muss, die das Ziel hat, dass es im Straßenverkehr möglichst überhaupt keine Verkehrstoten mehr und nur noch möglichst wenige Schwerverletzte gibt.

(Beifall der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist ungeheuer wichtig, an diesem Ziel hart zu arbeiten. Dazu müssen wir alle Bereiche konzeptionell angehen.

Das gilt übrigens auch für die Verkehrserziehung und das Verhalten der Radfahrer selbst. Auch sie tragen Verantwortung und müssen schauen, durch welches Verhalten sie sich gefährden. Wir müssen versuchen, durch Regeln und Vorschriften all das zu erreichen, was möglich ist, um Verkehrssicherheit herzustellen, sodass wir zukünftig keine Radfahrer mehr aufgrund des toten Winkels als Tote im Straßenverkehr zu beklagen haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der CDU/CSU)